

EINGEGANGEN
1-10315
31. Okt. 2003



Fraktion im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach

CDU - Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Postfach 20 09 20 • D - 51439 Bergisch Gladbach

586/2003

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

Telefon: (0 22 02) 14 - 22 18
oder: (0 22 02) 14 - 22 19
Telefax: (0 22 02) 14 - 22 01

Zimmer 11
Rathaus Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Bergisch Gladbach, den 30. Oktober 2003

Offene Anfrage zum Grundsicherungsgesetz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Opladen,

höflich bitten wir Sie, nachfolgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen und entsprechend schriftlich zu beantworten:

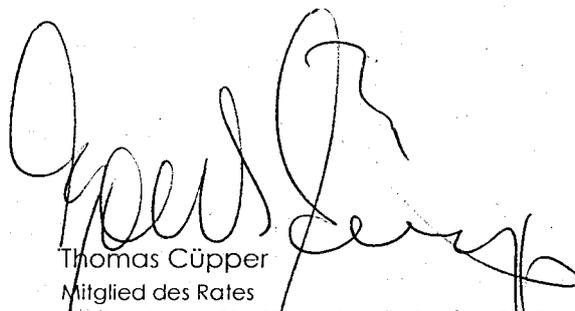
Welche Kosten entstanden der Stadt Bergisch Gladbach durch die administrative Vorbereitung von Maßnahmen, die mit dem Inkrafttreten des Grundsicherungsgesetzes zusammenhängen? Mit welchem Mehraufwand wird im Jahr 2003 für die Bereitstellung von Personal, administrativer Infrastruktur und Auszahlung an die Berechtigten gerechnet bzw. welche Kosten sind im zurückliegenden Jahr 2002 bereits angefallen?

Zur Begründung:

Zum 1. Januar 2003 trat nach den Vorstellungen von SPD und den Grünen das Grundsicherungsgesetz in Kraft. Die Bundesregierung sieht einen Zuschuss von 409 Millionen Euro ab 2003 für alle Kommunen bundesweit vor. Nach Angaben der kommunalen Spitzenverbände ist dieser Betrag unzureichend.

Mit freundlichen Grüßen


Ralf Buchholz
Fraktionsvorsitzender


Thomas Cüpper
Mitglied des Rates
Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes Bergisch Gladbach

92